

Fabian Georgi

Kämpfe der Migration im Kontext. Die Krisendynamik des europäischen Grenzregimes seit 2011

1. Einleitung

Ende der 2000er Jahre schien der Ausbau des europäischen Migrations- und Grenzregimes aus Sicht der Europäischen Kommission und vieler EU-Regierungen zentrale Ziele zu erreichen.¹ Im Vergleich zu den frühen 1990er und den frühen 2000er Jahren war die Zahl der Asylanträge in der EU deutlich gesunken. Doch die Zuversicht von Kommission und EU-Regierungen war von kurzer Dauer. In den 2010er Jahren geriet die europäische Migrationspolitik in die schwerste Krise ihrer Geschichte. Entgegen allen Versuchen dies zu verhindern, stieg die Zahl jener Menschen, denen es trotz aller Hürden gelang, EU-Territorium zu erreichen, um dort Schutz zu finden, zeitweise deutlich an: 2015 und 2016 stellten jeweils über 1,2 Millionen Menschen einen Asylantrag in der EU.² In Politik, Medien und Wissenschaft wird dieser Prozess überwiegend als ‚Flüchtlings-‘ oder ‚Migrationskrise‘ bezeichnet. Kritische Autor*innen weisen diese Kategorien zurück, weil in ihnen die geflüchteten Menschen selbst zum Problem erklärt werden. Sie sprechen stattdessen etwa vom „langen Sommer der Migration“³ oder der ‚Krise des europäischen Grenzregimes‘. Kritik, so John Holloway, besteht gerade darin, solche unterschiedlichen Kategorien zu öffnen und zu zeigen, inwiefern sie Resultat und Element gesellschaftlicher Kämpfe sind: „Take a category, split it open and what we discover is not a philosophical contradiction but a living antagonism, a constant struggle, a clash between opposing movings.“⁴

Aus dieser Sicht stellt sich die Krise des europäischen Grenzregimes in den 2010er Jahren als Ausdruck antagonistischer *Praktiken* dar: Millionen von Menschen überwinden bei ihrer Flucht Richtung EU zahllose politische, geographische und militärische Barrieren und begannen, sich in der EU ein neues (Alltags-)Leben

1 Für hilfreiche Kommentare danke ich den Herausgebern sowie Lars Bretthauer, David Lorenz und Matthias Müller-Stehlik.

2 Eurostat 2019a.

3 Hess et al. 2016.

4 Holloway 2012, S. 517.

aufzubauen. Gleichzeitig gelang es den EU-Regierungen, solche Mobilität derart teuer, schwierig und gefährlich zu machen, dass weitere Millionen gezwungen waren, sich für Immobilität zu entscheiden, zum gar-nicht-erst-Losgehen.⁵ Für zahllose Andere endete ihre Fluchtmigration in Haft, erzwungener Rückkehr oder Tod. Diese Gleichzeitigkeit von Autonomie und Heteronomie, von Erfolgen subalterner Kämpfe und hocheffektiven Herrschaftstechniken führt zur zentralen Frage dieses Artikels: Wie lässt sich eine Analyse der Krise entwickeln, die diese widersprüchlichen Momente einbezieht und sie in ihrem Kontext verortet? Wie lassen sich Ursachen und Charakter, Dynamik und Folgen der Krise europäischer Migrationspolitik seit Beginn der 2010er Jahre auf den Begriff bringen?

Mit dieser Fragestellung verbinde ich zwei Ziele. Erstens soll der Artikel eine synthetisierende Analyse der Krise entwickeln, um ihre großen Entwicklungslinien erkennbar machen. Zweitens zielt der Text darauf, in die Krisendebatten der Migrations- und Grenzforschung einen Beitrag aus historisch-materialistischer und politökonomischer Sicht einzubringen und so die Produktivität dieser Perspektive zu demonstrieren.⁶ Der Artikel ist in sechs Teile gegliedert. Nach dieser Einleitung wird der zweite Teil Grundannahmen einer materialistischen Grenzregimeanalyse skizzieren. Die folgenden drei Abschnitte rekonstruieren die konjunkturelle Dynamik der Krise entlang von drei Phasen. Der letzte Abschnitt reflektiert, inwiefern sich im Herbst 2019 von einem Ende der Krise sprechen lässt.

2. Materialistische Grenzregimeanalyse

Krisen, so schreibt Frigga Haug im Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus, „lassen sich als Zwischenzeiten begreifen, in denen die gewohnte Ordnung nicht mehr funktioniert, aber noch keine neue Regelungsweise gefunden ist“.⁷ Dass in Europa Mitte der 2010er Jahre gewohnte migrationspolitische Dynamiken unterbrochen und politische Regelungsformen dysfunktional wurden, ist wissenschaftlich kaum umstritten – wodurch diese Krise ausgelöst wurde und welchen Charakter sie hatte, umso mehr. So betonen etwa Arbeiten aus dem Umfeld der Europaforschung, dass die sogenannte Migrationskrise aus ‚externen Schocks‘ resultiert sei. Diese Schocks hätten Fehler und Lücken migrationspolitischer Europäisierung offengelegt.⁸ Ansätze der kritischen Grenzregimeforschung gehen dagegen von einer Dauerkrise des EU-Grenzregimes aus, die zentral aus den Kämpfen der Migration resultiert.⁹ Hier setzt auch die materialistische Grenzregimeanalyse an. Sie argumentiert,

5 Vgl. *Schewel* 2019, S. 14f.

6 Vgl. *Georgi* 2016.

7 *Haug* 2010, S. 212f.

8 *Schimmelfennig* 2018.

9 *Hess et al.* 2016, S. 8.

dass Entstehung, Dynamik und Formen von Migrations- und Grenzregimen auf das engste verwoben sind mit den sich wandelnden strukturellen Widersprüchen und sozialen Kämpfen eines intersektionalen Kapitalismus insgesamt – und dass Grenzregime nur verstehbar und veränderbar sind, wenn sie analytisch differenziert mit diesen Prozessen verbunden werden. Solche materialistischen Grenzregimeanalysen basieren auf zentral drei Prinzipien.¹⁰

Erstens geht ein historisch-materialistischer Ansatz auf der Höhe der Zeit davon aus, dass politische und gesellschaftliche Entwicklungen – vielfach vermittelt – durch die Kämpfe und Kräfteverhältnisse zwischen einer *Vielzahl* antagonistischer gesellschaftlichen Gruppen getrieben sind – Gruppen, die durch jene herrschaftsdurchwirkten sozialen Verhältnisse (mit-)hervorgebracht werden, in denen Menschen gezwungen sind, sich selbst, ihre Lebensmittel und ihre Gesellschaften materiell zu reproduzieren. Solche gesellschaftlichen Re/Produktionsweisen sind intersektional zu verstehen. Sie umfassen u.a. kapitalistische Strukturprinzipien, Geschlechterverhältnisse und den strukturellen Rassismus imperialer Lebensweisen.¹¹ Hieraus folgt, dass die Konflikte, die sich in der Krise europäischer Migrationspolitik verdichten, nicht *a priori* auf die Dominanz, Offensive oder Initiative einzelner Gruppen oder sozialer Kräfte reduziert werden dürfen – nicht auf zerstrittene und Fehler machende Politikeliten, nicht auf mächtige Kapitalinteressen und auch nicht, auf höherer Abstraktionsebene, auf eine per se als vorrangig gesetzte Autonomie der Migration. Gesellschaftliche Konflikte müssen als historisch offene, wechselseitige Auseinandersetzungen zwischen einer Vielzahl von Akteuren rekonstruiert werden, was u.a. bedeutet, die potenzielle Eigensinnigkeit und relationale Autonomie *aller* gesellschaftlichen Kräfte anzuerkennen und einzubeziehen. Eine Möglichkeit dies auf einer mittleren Abstraktionsebene gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zu tun, bietet die historisch-materialistische Politikanalyse (HMPA) insofern sie migrantische Escape-Praktiken und Bewegungen der Migration explizit in ihre Analysen einbezieht.¹²

Eine zweite Grundannahme historisch-materialistischer Analysen ist, dass Konflikte und Krisen nicht auf Akteurspraxis reduziert werden können. Das konflikthafte Handeln gesellschaftlicher Kräfte darf nicht isoliert von strukturellen wie historisch-konjunkturellen Handlungsbedingungen interpretiert werden. Eine Krisenanalyse des europäischen Grenzregimes steht somit vor der Herausforderung, das kontingente Handeln zahlreicher Akteure und gesellschaftlicher Kräfte mit den sie umgebenden, vorgefundenen Umständen, darunter die institutionell-materiellen Verdichtungen früherer Kämpfe und sich dynamisch verschiebende Strukturwidersprüche, zu vermitteln. Hierzu gehört u.a. nachzuzeichnen, wie Konfliktprozesse aus an-

10 Vgl. Georgi 2016; ebd. 2019a: 22ff.; ebd. 2019b.

11 Georgi 2019c, S. 101; Buckel 2015; Brand/Wissen 2017.

12 Buckel et al. 2014, S. 51ff.; Georgi 2016, S. 193ff.

deren Feldern des Weltsystems in migrations- und grenzpolitische Krisen überführt werden.

Die dritte Grundannahme beschreibt die Einsicht, dass Migrations- und Grenzregime Teil der Regulationsweise des globalen Kapitalismus sind. Sie tragen dazu bei, dass sich kapitalistische Gesellschaften trotz all ihrer Antagonismen reproduzieren können. Sie leisten diesen Beitrag, indem sie migrations- und mobilitätsbezogene Probleme, Konflikte und Krisen herrschaftsförmig regulieren und prozessieren, d.h. sie befrieden, verschieben oder temporär (auf-)lösen. Die Widersprüche, welche in Migrations- und Grenzregimen derart reguliert werden, sind allerdings nicht ständig neue oder zufällige. Stattdessen existiert im kapitalistischen und rassistischen Welt-system eine begrenzte Zahl dynamischer Strukturwidersprüche, deren historische Konkretisierungen und wechselhafte Konfigurationen ständig neue migrationsbezogene Konflikte und Krisen hervorbringen. Die Regulation u.a. dieser Widersprüche wird in den Regimen ausgefochten und organisiert. Zu diesen zentralen Widerspruchsfeldern gehören u.a. die Folgen von Akkumulationsprozessen, die relationale Autonomie von Migration, Arbeitskraftprobleme, Wohlfahrtsstaaten und Rassismus sowie Geopolitik.¹³ Für die Analyse konkreter Migrations- und Grenzregime heißt dies, immer wieder danach zu fragen, ob und inwiefern spezifische Akteursstrategien und Regimedynamiken durch die historischen Konkretisierungen dieser und anderer Strukturwidersprüche und durch die mitunter scheiternden Versuche ihrer Regulation vorangetrieben und bestimmt werden.

Eine an diesen Prinzipien orientierte, notwendig heuristische und von vielen Einzelaspekten abstrahierende Analyse des EU-Grenzregimes ab 2011 wird in den folgenden Abschnitten entwickelt.

3. ‚A Perfect Storm‘ (Dezember 2010 bis März 2015)

3.1 Fünf Dimensionen der Krise

Wie eingangs dargestellt ging die Europäische Kommission Ende der 2000er Jahre davon aus, dass der Anfang der 1990er Jahre begonnene, langwierige und stockende Ausbau des europäischen Grenzregimes schlussendlich ein aus ihrer Sicht zentrales Ziel erreicht habe: Deutlich weniger Geflüchtete und illegalisierte Wanderarbeiter*innen kamen in der EU an. Während es 1997 über 670.000 Asylanträge in der EU gab und 2002 ca. 420.000, lagen diese Werte von 2006 bis 2010 um lediglich 200.000.¹⁴ Angesichts dieser Zahlen sprach EU-Innenkommissar Jacques Barrot im Oktober 2009 von ‚großen Fortschritten‘: „Today, the Commission puts in place the

13 Siehe ausführlich Georgi 2016; ebd. 2019a, S. 24f.

14 Eurostat 2019a, 2019b.

final building blocks of the Common European Asylum System. Significant progress has been accomplished in recent years“.¹⁵ Aus Perspektive von Kommission und EU-Regierungen ließ sich der Rückgang von Fluchtmigration in die EU als Effekt eigener Abschottungsstrategien verstehen. Angetrieben durch Initiativen der Kommission hatte die EU im Laufe der 2000er Jahre die EU-Grenzschutzagentur Frontex gegründet, digitale und biometrische Datenbanken und Überwachungssysteme zur Migrationskontrolle etabliert und ihre Kontrollen jenseits ihrer eigenen Grenzen externalisiert, indem sie mit Nachbarstaaten kooperierte, darunter Marokko, Mauretanien, Tunesien und Libyen.¹⁶ „[D]ie Kommission war zuversichtlich, auf dieser Basis nun eine Migrationspolitik entwickeln zu können, die den demografischen und wirtschaftlichen Ansprüchen der EU genügen würde.“¹⁷ Doch diese Zuversicht war von kurzer Dauer. Der Rückgang der Asylantragszahlen erwies sich als nur temporär, als Ruhe vor einem ‚perfekten Sturm‘ historischer Prozesse, die das europäische Migrations- und Grenzregime in den 2010er Jahren aus seinen bisherigen Halterungen rissen.

Für die Phase 2011–2014 lassen sich fünf Krisensymptome unterscheiden. Erstens stieg die Zahl der Asylanträge in der EU von 2011 bis 2014 deutlich an, obwohl das Grenzregime darauf ausgelegt war, genau dies zu verhindern.¹⁸ Zweitens schlugen zahlreiche Gerichtsurteile ab 2011 räumliche Breschen in das Dublin-Regime, da sie Dublin-Abschiebungen nach Griechenland und in andere EU-Länder verboten.¹⁹ Drittens entstanden ab 2011 große Lücken im Externalisierungsring des EU-Grenzregimes, da zuvor grenzpolitisch mit der EU kooperierende Regierungen in Tunesien und Libyen im Zuge des Arabischen Frühlings gestürzt wurden.²⁰ Viertens erlitt der ‚Außengrenzschutz‘ der EU 2012 eine heftige Niederlage, als das sogenannte Hirsi-Urteil des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) EU-Behörden zwang, ihre Push-backs von Geflüchteten-Booten auf Hoher See zu reduzieren.²¹ Fünftens geriet das Schengen-Regime ab 2011 in eine Krise als mehr und mehr Staaten begannen, ihre EU-Binnengrenzen zu kontrollieren, um die EU-interne Mobilität von Geflüchteten unter Kontrolle zu bringen.²² Nach meiner Analyse resultierte diese ab 2011 beginnende Krise des EU-Grenzregimes aus vier Dynamiken, in denen sich das Handeln antagonistischer gesellschaftlicher Kräfte mit verschobenen Kontextbedingungen und Krisen in anderen Feldern des Weltsystems verschränkte.

15 Zit. n. *European Commission* 2009.

16 *Kasperek* 2017, S. 49ff.

17 Ebd., S. 78.

18 *Eurostat* 2019a.

19 *Lorenz* 2015, S. 3ff.

20 *Kasperek* 2017, S. 83ff.

21 *Buckel* 2013, S. 289ff.; *WDR.de* 17.10.2013: EU-Agentur Frontex gibt Menschenrechtsverletzungen an EU-Außengrenzen zu.

22 *Müller-Stehlik* 2017, S. 77ff.; *Casella Colombeau* 2019.

3.2 Bewegungen der Migration: Reaktionen auf kapitalistische Vielfachkrise

Im Mittelpunkt der ersten Dynamik, die zur Krise des europäischen Grenzregimes ab 2011 beitrug, standen eigensinnige Bewegungen der Flucht und Migration in die EU und innerhalb von ihr. Diese Bewegungen entwickelten sich im Kontext verschränkter Krisenprozesse der Ökologie, der Ökonomie, der sozialen Reproduktion und der Gewalt in weiten Teilen (Nord-)Afrikas und (West-)Asiens. Sie entstanden aus der Art und Weise, wie Millionen von Menschen in diesen Regionen auf diese Vielfachkrisen reagierten: einerseits mit Protesten, Streiks und Aufständen vor Ort, andererseits in wachsender Zahl mit Escape-Strategien der Flucht und Emigration.

Am folgenreichsten für das europäische Grenzregime waren die Ende 2010 beginnenden Aufstände des Arabischen Frühlings in denen große Teile der Bevölkerungen im Mittleren Osten und Nordafrika (MENA) in heftigen sozialen Kämpfen gegen Korruption, politische Repression und ökonomische Perspektivlosigkeit aufbegehrten. Kleinere Proteste gab es in Mauretanien, Somalia und Saudi-Arabien, Massendemonstrationen in Algerien, Sudan, Libanon und dem Irak; in Tunesien, Ägypten und Jemen wurden Regierungen gestürzt und in Marokko, Jemen, Oman, Jordanien und Kuwait ausgetauscht; Libyen, Syrien und Irak befinden sich bis heute in Bürgerkriegen, die Millionen von Menschen sich zur Flucht entscheiden ließen.²³ Doch auch jenseits des Arabischen Frühlings eskalierten in Europas Nachbarregionen im Kern sozio-ökonomische Konflikte immer wieder gewaltsam²⁴: In der Elfenbeinküste kam es von Dezember 2010 bis April 2011 zu einem Bürgerkrieg, der 100.000 Menschen nach Liberia fliehen ließ.²⁵ Kurz darauf flohen nach der Abspaltung Südsudans im Juli 2011 über 200.000 Menschen von Sudan nach Südsudan, um Repression und ökonomischer Perspektivlosigkeit zu entgehen.²⁶ Im selben Zeitraum erlebte Ostafrika von 2010–2012 die schlimmste Dürre seit über 50 Jahren, die zu einer Ernährungskrise führte, welche in Somalia, Dschibuti, Äthiopien und Kenia über 9,5 Millionen Menschen betraf und zu massiver Flucht und Vertreibung führte.²⁷ Ab Januar 2012 kam es in Mali zu massiven Vertreibungen als Milizen mit Verbindungen zu al-Qaida weite Teile Nordmalis unter ihre Kontrolle brachten.²⁸ In Iran schlug die Regierung die Massenproteste 2009/2010 und eine neue Welle von Protesten 2011 brutal nieder.²⁹ In Afghanistan verschärfte die Rückkehr von afghanischen Geflüchteten aus Iran die inmitten des (Bürger-)Kriegs ohnehin schlechte Si-

23 Heydarian 2014; für eine Übersicht siehe *Wikipedia* 2019.

24 Vgl. *Migration Policy Institute* 2012.

25 *New York Times* 31.3.2011: Liberia Uneasily Linked to Ivory Coast Conflict.

26 *Mawadza/Carciotto* 2016.

27 *TheJournal.ie* 6.2.2012: UN: Somali famine is over, but action still needed.

28 *CourierMail.com.au* 17.1.2013: Chad to send 2000 soldiers to Mali.

29 *Amnesty International* 2012.

cherheits- und Versorgungslage weiter.³⁰ Eine graphische Darstellung zeigt eindrucksvoll, dass der Großteil jener Menschen, die in den 2010er Jahren unter dem Schutz des UNHCR standen in Europas Nachbarregionen konzentriert war: im Mittleren Osten, Südasien sowie Subsahara- und Ostafrika.³¹ Und während die Zahl dieser Menschen noch 2003 mit 17 Millionen auf einem Tiefpunkt lag, verdoppelte sie sich bis 2012 auf 34 Millionen und stieg bis 2016 erneut um das Zweifache an, auf fast 68 Millionen.³²

Warum genau sich in den 2010er Jahren eine deutlich wachsende Zahl von Menschen aus den genannten Regionen für Flucht und Emigration entschieden, ist schwer zu bestimmen. Sicher scheint, dass für ihre Entscheidungen die Eskalation von Vielfachkrisen eine Rolle spielte. Zwei Dynamiken waren wohl besonders relevant. Erstens scheinen sich die Folgen des Klimawandels und anderer ökologischer Krisenprozesse, insbesondere Dürreperioden, gerade in diesen (sub-)tropischen Regionen zuzuspitzen, Lebensbedingungen beschleunigt zu verschlechtern und die gewaltsame Eskalation sozioökonomischer Konflikte zu forcieren.³³ Zweitens verschärfte die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 auf direkte und indirekte Weise die Lebensbedingungen von Millionen Menschen in Afrika und Asien, sei es weil sie regionale ökonomische Krisen und Umwälzungen nach sich zog, sei es weil im Zuge der Krise Anfang der 2010er Jahre überakkumuliertes Kapital auf der Suche nach neuen Profitzonen die Spekulation mit Nahrungsmitteln vorantrieb und so u.a. in Ägypten, Jemen, Elfenbeinküste und Mauretanien zu massiven Preisanstiegen, Ernährungskrisen sowie ‚food riots‘ beitrug und so politische Krisen, Repression und Bürgerkriege forcierte.³⁴

All diese Prozesse hatten für das europäische Grenzregime zwei zentrale Folgen: Regierungen, die zuvor mit der EU kooperiert hatten, um Flucht über das Mittelmeer zu verhindern, wurden durch die sozialen Kämpfe des Arabischen Frühlings gestürzt, was einige Fluchtrouten über das Mittelmeer weit öffnete. Dies galt insbesondere für Tunesien von Februar bis zum Spätsommer 2011³⁵ und für Libyen von März 2011 bis 2016.³⁶ Zweitens zeigt ein Blick auf die Herkunftsländer der Menschen, die sich ab 2011 in wachsender Zahl für Flucht oder Migration Richtung EU entschieden, dass diese Bewegungen weit überwiegend von solchen Staaten ausgin-

30 *Human Rights Watch* 2013.

31 *UNHCR* 2019. Die Kategorie „UNHCR's populations of concern“ umfasst die Subkategorien ‚refugees‘, ‚asylum-seekers‘, ‚internally displaced persons (IDPs)‘, ‚returned refugees‘, ‚returned IDPs‘, ‚stateless persons‘ sowie ‚others of concern‘ (ebd.).

32 Ebd.

33 *Parenti* 2011; *Hendrix/Salehyan* 2012; *Kelley* et al. 2015.

34 *The Guardian.com* 21.1.2011: Food speculation: ‚People die from hunger while banks make a killing on food‘.

35 *BBC.com/news* News 14.2.2011: Tunisia migrants: Italy alerts EU amid Lampedusa influx; *BBC.com/news* 21.9.2011: Italian police battle Tunisian migrants on Lampedusa.

36 *BBC.com/news* 27.11.2011; *Human Rights Watch* 2019.

gen, die in den eskalierenden Vielfachkrisen gefangen waren. Zu den wichtigsten Herkunftsländern von Asylsuchenden in Deutschland von 2011 bis 2014 gehörten Syrien, Irak, Iran, Afghanistan und Somalia.³⁷ Krisenprozesse der Ökonomie, Ökologie und sozialen Reproduktion transformierten sich somit zu politischen Krisen und gewaltsamen Konflikten, auf die eine wachsende Zahl an Menschen mit Flucht reagierten und das EU-Grenzregime in eine Krise trieben.

3.3 Neoliberale Wachstumsstrategie: Austerität beschränkt Regulationsfähigkeit

Eine zweite Krisendynamik bestand in den negativen Folgen, die die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 sowie die Eurokrise ab 2010 auf die Fähigkeiten der EU-Staaten hatten, die sozialen, ökonomischen und gesellschaftlichen Konflikte und Krisen innerhalb der Union, vor allem aber in den oben beschriebenen Krisenregionen in ihrer Peripherie zu regulieren. Die Unwilligkeit oder Unfähigkeit der EU-Staaten, die Krisensituationen in ihren Nachbarregionen zu restabilisieren, Konflikte zu entschärfen, Lebensbedingungen zu verbessern oder die massenhaften Praktiken der Flucht und Emigration signifikant zu reduzieren, zeigte sich u.a. in ihrer Weigerung, ihre finanziellen Beiträge an die humanitären Operationen von UNHCR, *World Food Programme* (WFP) und anderen internationalen Organisationen und NGOs der wachsenden Intensität der Krisenprozesse anzupassen. Zwar stiegen Beiträge zu humanitären Programmen ab Ende der 2000er Jahre an, waren aber deutlich von den benötigten Beträgen entfernt.³⁸ So appellierten etwa UNHCR und WFP immer wieder vergeblich, mehr Ressourcen zu erhalten und warnten vor den dramatischen Folgen, die eine Unterfinanzierung ihrer Programme haben würde.³⁹

Neben anderen Faktoren waren es mindestens zwei Gründe, die die EU-Regierungen dazu führten, sich gegen eine angemessen erhöhte Finanzierung dieser Hilfsprogramme zu entscheiden. Erstens eskalierten die Vielfachkrisen in Europas Nachbarschaft nicht zufällig im selben Zeitraum, als die große Mehrheit der EU-Staaten infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009 mit Wachstumsschwäche, Rezessionen und Eurokrise zu kämpfen hatte.⁴⁰ Reduzierte Steuereinnahmen und die Kosten für Bankenrettungsprogramme trugen dazu bei, den finanziellen Spielraum für Ressourceneinsatz zur Regulation von Krisen außerhalb der EU zu reduzieren. Zweitens führte die Dominanz autoritär-neoliberaler und national-neoliberaler Fraktionen insbesondere in Deutschland und anderen nordwesteuropäischen Staaten da-

37 BAMF 2018, S. 21.

38 *Global Humanitarian Assistance* 2014, S. 22ff.

39 *World Food Programme* 2014; *UNHCR.org/news* 13.3.2013: UNHCR appeals for extraordinary funds for Syria victims; *UNHCR.org/news* 16.12.2013: UN appeals for a record US\$6.5 billion for Syria operations in 2014; *Zeit.de* 11.10.2016: It Really Wasn't Merkel.

40 Vgl. *House et al.* 2019.

zu, dass sich die EU-Länder und insbesondere die Eurozone auf den Versuch festlegten, einen neuen Wachstumsschub primär durch eine radikale Austeritäts- und Deregulierungsstrategie zu erreichen.⁴¹ Dies trug dazu bei, dass substantiell erhöhte Ausgaben für humanitäre Programme mit dem Ziel, Krisenprozesse in Europas Peripherie zu entschärfen, politisch nicht durchsetzbar waren. In diesen Dynamiken wird erneut deutlich, wie sich unterschiedliche Krisenprozesse verschränkten und wechselseitig verstärken: Die Finanz- und Eurokrise transformierte sich in eine Krise der Regulationsfähigkeit der EU, was die Krise des EU-Grenzregimes zwar nicht auslöste, aber intensivierte. Kernursache war eine Mischung aus neoliberaler Dogmatik und der realen Begrenztheit staatlicher Fähigkeiten innerhalb des gegebenen Wachstumsmodells mit den Folgen der Vielfachkrise umzugehen.

3.4 Linke und linksliberale Erfolge: Dublin entschärft, Seenotrettung statt Push-Backs

Die dritte Dynamik, die zur Krise des europäischen Grenzregimes in der Phase von 2011 bis 2014 beitrug, bestand in den politischen Erfolgen linker und linksliberaler Kräfte in Europa, inklusive migrantischer Selbstorganisationen und Refugee-Gruppen. Deren jahrzehntelange Kämpfe und Mobilisierungen für eine humanere Migrationspolitik erreichten in der ersten Hälfte der 2010er Jahren einen Höhepunkt, setzten zumindest partiell einen humanistisch-liberalen Stimmungsumschwung in Gang und verdichteten sich ab 2011 in einer Reihe progressiver Gesetze, Gerichtsurteile und Seenotrettungs-Operationen.⁴² Diese politisch-juristischen Verschiebungen führten dazu, dass einige der repressivsten – und zuvor oft äußerst effektiven – Herrschaftstechniken des EU-Grenzregimes zumindest temporär außer Funktion gesetzt und dessen Abschottungskapazität in die Krise getrieben wurde.

In Bezug auf das Dublin-Regime trug die 2007 begonnene Kampagne links/liberaler Kräfte⁴³ gegen Dublin II zu einer Serie progressiver Gerichtsurteile bei. Urteile u.a. des EGMR von Januar 2011 und des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) von Dezember 2011 stoppten Dublin-Abschiebungen nach Griechenland wegen systemischer Mängel bei Asylverfahren vollständig. Aus ähnlichen Gründen lehnten spätere Urteile immer wieder Abschiebungen nach Italien und Ungarn ab. Dieses Herausbrechens erst Griechenlands und ab 2015 auch Ungarns aus dem Dublin-Regime

41 Vgl. *Georgi/Kannankulam* 2015; siehe auch *Kannankulam* in diesem Band.

42 Vgl. *McGuaran/Hudig* 2014.

43 Anders als in bisherigen Publikationen der Forschungsgruppe ‚Staatsprojekt Europa‘, beschreibe ich im vorliegenden Text pro-migrantische linke und liberale Kräfte nicht mit dem Adjektiv ‚linksliberal-alternativ‘, sondern bezeichne sie als ‚links/liberal‘. Dies scheint mir angemessen, um die große Relevanz genuin linker im Kontrast zu linksliberalen Kräften sichtbar zu machen.

trug dazu bei, Geflüchteten die Balkan-Route nach Nordwesteuropa zu öffnen.⁴⁴ Das zweite Feld, in dem die Erfolge links/liberaler Kräfte das bisherige Funktionieren europäischer Migrationskontrolle unterminierten, waren die Push-Back-Operationen europäischer Grenzschutzbehörden auf dem Mittelmeer. Am 19. Januar 2012 erklärte der EGMR im sogenannten Hirsi-Urteil, dass die Behörden aller Vertragsstaaten der Europäischen Menschenrechtskonvention auch auf Hoher See an das Non-Refoulement-Gebot gebunden waren, was eine Rückschiebung von Geflüchteten nach Libyen oder andere unsichere Staaten illegal machte. In Folge des Urteils wurden zumindest offizielle Push-Back-Operationen durch EU-Behörden reduziert.⁴⁵ Mehr noch: Push-Back-Operationen wurden von Oktober 2013 bis Oktober 2014 durch die von Italien finanzierte Seenotrettungs-Mission *Mare Nostrum* ersetzt, die mehr als 100.000 Geflüchtete aus dem Mittelmeer aufnahm und nach Italien brachte.⁴⁶ Die Tatsache, dass *Mare Nostrum* von der italienische Mitte-Links-Regierung unter Matteo Renzi initiiert wurde, zeigt dass sich das links/liberale Hegemonieprojekt mit Erfolg in das migrationspolitische Kräfteverhältnis der EU bzw. Italiens eingeschrieben hatte.⁴⁷

3.5 Rechts/konservative Selbstblockade: Spaltung unterminiert Dublin und Schengen

Im Mittelpunkt der vierten Dynamik, die zur Krise des europäischen Grenzregimes beitrug, standen erstarkende rechts-nationale und völkisch-autoritäre Akteure in konservativen Hegemonieprojekten in osteuropäischen und nordwesteuropäischen EU-Staaten. Getrieben von einer Hochkonjunktur nationalistischer und rassistischer Mobilisierungen in den 2010er Jahren⁴⁸ trug die auf Abschottung zielende Kompromisslosigkeit dieser Kräfte zur Krise sowohl des Dublin- als auch des Schengen-Regimes bei.

Im seit 2007 schwelenden Konflikt über das Dublin II-Regime und dessen Reform nahmen konservative und rechts-nationale Akteure in den verschiedenen EU-Staaten entgegengesetzte Positionen ein. In den südlichen Staaten an der EU-Außengrenze wollten rechts/konservative Kräfte mit dem Dublin-Ersteinreiselandprinzip brechen und favorisierten einen EU-weiten Umverteilungsmechanismen. Dagegen lehnten rechts/konservative Kräfte in den osteuropäischen Visegrad-Staaten und jene

44 Lorenz 2015, S. 4; Müller-Stehlik 2017, S. 140ff.; Kasperek 2017, S. 88ff.

45 Buckel 2013, S. 289ff.; WDR.de 17.10.2013: EU-Agentur Frontex gibt Menschenrechtsverletzungen an EU-Außengrenzen zu.

46 *TheGuardian.com* 31.10.2014: Italy: end of ongoing sea rescue mission 'puts thousands at risk'.

47 Cuttitta 2014, S. 26.

48 Vgl. Georgi 2019c.

in den Ländern Nordwesteuropas, welche das Ziel einer großen Mehrheit von Geflüchteten waren, dies vehement ab.⁴⁹ Diese Spaltung rechts/konservativer Kräfte in der EU erodierte die Akzeptanz der Dublin-Verordnung und unterminierte die Bereitschaft in den Randstaaten, diese umzusetzen. Behörden in den süd- und teils ost-europäischen Grenzstaaten der EU gingen dazu über, ankommende Geflüchtete teils nicht zu registrieren oder vermieden es, ihre Fingerabdrücke in die EURODAC-Datenbank einzuspeisen, so dass nicht nachvollziehbar war, wo Asylsuchende EU-Territorium betreten hatten.⁵⁰ Auch vermieden es Randstaaten faire Asylverfahren und menschenwürdige Aufnahmebedingungen für Geflüchtete zu schaffen; stattdessen konnten solche, gegen EU-Recht verstoßende Asylsysteme aus ihrer Sicht dazu beitragen, dass Asylsuchende in andere EU-Länder weiterzogen und von dort nicht per Dublin-Abschiebung zurückgebracht wurden. Hinzu kam, dass rechts/konservative Kräfte in Nordwesteuropa bei ihrem Festhalten am Dublin-Ersteinreiselandprinzip die relationale Autonomie der Geflüchteten nicht einkalkulierten. Anstatt sich dem Dublin-Regime zu fügen, das ihre Interessen in keiner Weise berücksichtigte, hebelte deren eigensinnige Mobilität *innerhalb* des Schengenraumes das Dublin-Regime zunehmend aus.⁵¹ Durch ihre Kompromisslosigkeit forcierten rechts/konservative Akteure in Nordeuropa somit die Versuche anderer sozialer Kräfte, das bestehende Dublin-Regime zu unterminieren – und trugen so zu dessen Krise ab 2011 entscheidend bei.⁵²

Daneben trieben rechts/konservative Kräfte in Nordwesteuropa auch das Schengen-Regime ab 2011 zunehmend in die Krise. Bereits im April 2011 führte die konservative französische Regierung zeitweise Kontrollen an der italienisch-französischen Grenze ein, um die Weiterreise von Geflüchteten und Wanderarbeiter*innen aus Tunesien, die nach der tunesischen Revolution ab Februar 2011 nach Lampedusa übersetzt hatten, zu blockieren.⁵³ Auch andere Regierungen führten temporäre Kontrollen an ihren EU-Binnengrenzen durch, darunter die dänische Mitte-Rechts-Regierung im Mai 2011.⁵⁴ Aus dieser Dynamik entstand ein komplexer Konflikt über eine Reform des Schengener Grenzkodex. Nach harten Auseinandersetzungen einigten sich Europäische Kommission, Parlament und Rat im Oktober 2013 auf das sogenannte *Schengen Governance Package*, das es Schengen-Staaten u.a. erlaubte, ihre Binnengrenzen befristet zu kontrollieren, um illegalisierte Bewegungen der Flucht und Migration zu unterbinden.⁵⁵ Rechte und konservative Kräfte waren somit

49 Lorenz 2015, S. 2ff.; Müller-Stehlik 2017, S. 77f., 154f.

50 Lorenz 2015, S. 4.

51 Lorenz 2015, S. 4f.

52 Vgl. Müller-Stehlik 2017, S. 154f.

53 *TheGuardian.com* 27.4.2011: France and Italy in call to close EU borders in wake of Arab protests.

54 *TheGuardian.com* 13.5.2011: EU warns Denmark over border controls; *BBC.com/news* 14.6.2011: Italy's Lampedusa left in crisis after Arab Spring.

55 Coman 2017.

zunehmend bereit, Schengenraum und Binnenmarkt zu untergraben sowie das europäisierte Grenzregime partiell zu renationalisieren.

4. Kurzer Sommer der Migration (April 2015 bis März 2016)

Die Hochphase der Krise des europäischen Grenzregimes – der im Rückblick doch eher *kurze* Sommer der Migration – erstreckt sich von April 2015 bis März 2016. Die zentralen Ereignisse sind vielfach dokumentiert: Mitte April 2015 ertranken innerhalb einer Woche über 1200 Menschen im zentralen Mittelmeer, was Migration und Flucht ins Zentrum europäischer Politik rückte.⁵⁶ Im Mai 2015 veröffentlichte die im November 2014 angetretene Europäische Kommission unter Jean-Claude Juncker ihre lang erwartete *Europäische Migrationsagenda*, die außer der restriktiven Verschärfung bestehender Politiken (u.a. Frontex-Ausbau, Externalisierung, Dublin-Reform) wenig Neues enthielt.⁵⁷ Über den Sommer verschob sich der Fokus der Flucht vom zentralen ins östliche Mittelmeer. Während im Mai nur 18.000 Schutzsuchende in Griechenland ankamen, waren es im Juli bereits um 54.000 und im August fast 110.000 Menschen.⁵⁸ Angesichts der Überforderung Griechenlands, des eskalierenden Kriegs in Syrien, des politischen Drucks links/liberaler Kräfte sowie der zeitweise chaotischen Situation in der eigenen Behörde, gab das deutsche Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) am 25. August 2015 auf Twitter bekannt, es würde keine Dublin-Abschiebungen von Syrer*innen mehr durchführen.⁵⁹ Ab Ende August wurden dramatische Todesfälle bekannt: Am 26. August wurden 71 Geflüchtete in einem LKW in Österreich tot aufgefunden, am 2. September gingen Bilder des 4-jährigen syrischen Jungen Alan Kurdi um die Welt, dessen Leiche an einem türkischen Strand angespült wurde. Bundeskanzlerin Merkel erklärte am 31. August, Deutschland müsse den Geflüchteten helfen: „Wir schaffen das, und wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden“.⁶⁰ Als sich am 4. September 2015 dann migrantische Karawanen vom Budapest Ostbahnhof Keleni als *March of Hope* Richtung Österreich auf den Weg machten, entschied die Regierung Merkel am 5. September nicht nur, die im Schengen-Raum ohnehin offenen deutschen Binnengrenzen nicht zu schließen, sondern sogar den Transport der Geflüchteten Richtung Deutschland logistisch zu unterstützen.⁶¹ In den Herbstmonaten 2015 stieg die Zahl der Ankünfte von Geflüchteten in Griechenland weiter an, von 147.000 im September bis zu einem Höhepunkt von 211.000 im Oktober, bevor die

56 Heller/Pezzani 2016.

57 European Commission 2015.

58 IOM 2016.

59 BAMF 2015.

60 Merkel 2015.

61 Zeit.de 30.8.2016: The Night Germany Lost Control.

Zahlen als Resultat verschärfter Restriktion an den Grenzen und des einsetzenden Winters wieder zurückgingen.⁶² Dieser kurze Sommer der Migration kam im März 2016 an sein Ende, als ein von Österreich betriebenes Abkommen mit Mazedonien die Balkan-Route und der EU-Türkei-Deal die Ägäis-Route weitgehend schlossen und die Ankunfts zahlen weiter absanken.⁶³

Innerhalb der kritischen Grenzregimeforschung gibt es eine lebhaft e Debatte darüber, welche Prozesse den Sommer bestimmt haben.⁶⁴ Nach meiner Analyse lassen sich fünf zentrale Dynamiken unterscheiden, welche die Konfliktprozesse der ersten Phase weiterführten und zuspitzten. Wie in der Phase bis 2014 wurde die erste Dynamik durch die relational autonomen Bewegungen der Flucht und Migration konstituiert. Es war unmittelbar die Agency jener fast 2,5 Millionen Menschen, die 2015/16 trotz aller politischen und polizeilichen Hindernisse EU-Territorium erreichten, die das gewohnte Funktionieren des europäischen Grenzregimes außer Kraft setzte. Diese Dynamik verdichtete sich Anfang September im *March of Hope* von Budapest Richtung Österreich. Die Regierung Merkel fürchtete eine humanitäre und politische Katastrophe, sollten ungarische Behörden die Menschen aufhalten.⁶⁵ Doch während die Bewegungen der Migration in entscheidender Weise zur Reaktion der deutschen Regierung Anfang September 2015 beitrugen, wäre es fehlgehend, sie zum einzig relevanten Faktor zu erklären. Angesichts des sofort einsetzenden Protests konservativer und rechts-nationaler Kräfte und den ab Herbst 2015 erstarken den rechten Mobilisierungen bleibt es erklärungsbedürftig, wie es der deutschen Regierung bis März 2016 gelingen konnte, diesem Druck zu widerstehen. Woher kam ihr politischer Spielraum?

Zunächst erhielt die Regierung Merkel Unterstützung von linken und linksliberalen Akteuren. Motiviert durch internationalistische und/oder menschenrechtliche Prinzipien verteidigten diese Akteure, trotz weitergehender Forderungen und Kritik an repressiven Maßnahmen, die Regierung Merkel gegen die Angriffe von rechts. So erklärte Pro Asyl Merkels Entscheidung, Geflüchtete über Ungarn einreisen zu lassen, sei ein „großartiger Akt der Humanität“.⁶⁶ Auch tausende ‚Willkommens-Initiativen‘ in Deutschland und ein positiver Mediendiskurs gaben der Regierung die Möglichkeit, rechte Proteste zeitweise zu ignorieren.⁶⁷ Die Stärke dieser und anderer Akteure im migrationspolitischen Kräfteverhältnis 2015 speiste sich einerseits aus jahrzehntelangen Mobilisierungen; andererseits hatte der Zyklus selbstorganisierte

62 IOM 2016, S. 4.

63 IOM 2019a.

64 Vgl. Georgi 2016; Hess et al. 2016: 8ff.; Kasparek 2017, S. 80ff.; Müller-Stehlik 2017; Fiedler et al. 2017; Buckel 2018.

65 Zeit.de 30.8.2016: The Night Germany Lost Control.

66 ProAsyl.de 6.9.2015: PRO ASYL begrüßt Entscheidung, Flüchtlinge aus Ungarn einreisen zu lassen.

67 Karakayali 2018.

Refugee-Proteste ab 2012 vor allem die öffentliche Meinung zumindest für einige Jahre in eine migrationspolitisch liberalere Richtung verschoben.⁶⁸

Neben den eigensinnigen Bewegungen der Migration und Akteuren des links/liberalen Hegemonieprojekts waren arbeitskraftpolitisch motivierte Kapitalfraktionen ein dritter Faktor im Kräfteverhältnis. Ein relevanter Teil von Unternehmen in Deutschland und anderen EU-Staaten sowie die mit ihnen assoziierten Unternehmensverbände und Expert*innen sahen in einer höheren Zahl von Einwander*innen ein Potenzial, arbeitskraftpolitische und demografische Probleme zu bearbeiten.⁶⁹ So erklärte etwa BDI-Präsident Ulrich Grillo im November 2015: „Wir haben ein demografisches Problem in der Zukunft. Das heißt, wir haben einen Mangel an Arbeitskräften. Dieser Mangel kann reduziert werden.“⁷⁰ Grillos Warnung vor ‚demografischen Problemen‘ verweist auf die Furcht neoliberaler Kräfte vor einer ‚Überalterung‘ europäischer Gesellschaften. ‚Überalterung‘, so ihre Sorge, könnte Arbeitskosten erhöhen, soziale Sicherungssysteme aus dem Gleichgewicht bringen und so eine stabil expandierende Kapitalverwertung gefährden.⁷¹

Ein vierter Faktor waren einflussreiche Akteure insbesondere des neoliberalen Hegemonieprojekts, die den EU-Binnenmarkt bedroht sahen. Sollte Deutschland seine Grenzen gegenüber Geflüchteten schließen, so ihre Befürchtung, würde dies eine Kettenreaktion neuer Grenzkontrollen *innerhalb* des Schengenraums auslösen, die Zirkulation von Gütern, Dienstleistungen, Konsument*innen und Arbeitskräften verlangsamen und damit den EU-Binnenmarkt, Grundlage des EU-Wachstumsmodells, massiv beschädigen. So proklamierte etwa der BDI Anfang März 2016: „Eine Beschädigung oder gar ein Scheitern des Schengenraums wäre ein schwerwiegender Rückschlag für die EU und ihre Bürger“, der einen „sehr hohen Wohlstandsverlust“⁷² nach sich ziehen könnte. Vor dem Hintergrund europäisch integrierter Logistiknetzwerke verwundert die Furcht von Kapitalakteuren vor einer verlangsamt Warenzirkulation keineswegs.⁷³ Eine phasenweise unregelmäßige Mobilität von Geflüchteten innerhalb der EU konnte deshalb aus neoliberaler Perspektive als ‚cost of doing business‘ verstanden werden. Umso mehr drängten sie im Gegenzug, zusammen mit rechts/konservativen Kräften, die EU-Regierungen dazu, die Außengrenzen des Schengenraums effektiv zu schließen.⁷⁴ In dieser Logik erklärte Angela Merkel im Februar 2016: „Wenn wir die Außengrenze nicht schützen können, gerät dieser

68 *McGuaran/Hudig* 2014.

69 Vgl. *Georgi* 2016: 191; *Süddeutsche.de* 24.9.2015: Flüchtlinge: Sie arbeiten am nächsten Wirtschaftswunder.

70 Zit. n. *Deutschlandfunk.de* 3.11.2015: BDI-Chef Grillo zur Flüchtlingssituation. ‚Es gibt Chancen, es gibt Risiken‘.

71 *Schultz* 2019.

72 Zit. n. *Welt.de* 5.3.2016: So teuer käme Europa die Abschaffung des Schengenraums.

73 Vgl. *Danyluk* 2018.

74 *Tagesspiegel.de* 19.1.2016: Kippt das Schengen-System in der EU?

freie Bewegungsraum im Binnenmarkt, der Grundlage auch unseres Wohlstands ist, in Gefahr.“⁷⁵ Merkel operierte als ideale Gesamtkapitalistin des EU-Binnenmarkts.

Das Ende des Sommers der Migration war ein graduelles. Ab November ließ die mazedonische Regierung nur noch Geflüchtete aus Syrien, Irak und Afghanistan ihre Grenze passieren.⁷⁶ Ab Februar 2016 stoppte Mazedonien die Mobilität aus Griechenland fast völlig und im März 2016 begannen türkische Sicherheitskräfte als Resultat des EU-Türkei-Deals das Ablegen von Booten auf die griechischen Inseln weitgehend zu verhindern.⁷⁷ Dass EU-Regierungen mit diesen repressiven Maßnahmen auf den Druck rechts/konservativer Kräfte und Mobilisierungen reagierten, ist wissenschaftlich kaum umstritten.⁷⁸ Wichtiger ist es deshalb zu betonen, dass auch andere gesellschaftliche Kräfte ab Frühherbst 2015 von der Position der Offenheit abrückten, etwa auch Politiker*innen von SPD und Grünen.⁷⁹ Ihre restriktiven Positionen illustrieren wie tief verankert die Hegemonie von Grenzen in der EU ist. Das europäische Grenzregime sichert die national-sozial organisierte, auf den weltweiten Zugriff auf Ressourcen, Raum, Arbeitsvermögen und ökologische Senken andernorts beruhende ‚imperiale Lebensweise‘ in der EU.⁸⁰ Erst ihr Grenzregime ermöglicht es den europäischen Gesellschaften, die negativen Effekte ihrer Lebensweise in äußere, abgegrenzte Räume zu externalisieren.⁸¹ Deshalb unterstützten Akteure auch national-sozialer und links/liberaler Hegemonieprojekte effektive Migrationskontrollen.

5. Konturen des europäischen Festungskapitalismus (seit April 2016)

Mit dem starken Rückgang der Asylanträge in der EU ab März 2016⁸² ging die Krise des europäischen Grenzregimes in eine neue, bis mindestens Frühherbst 2019 anhaltende Phase über. In dieser Phase stabilisierten Europäische Kommission und EU-Regierungen zentrale Bausteine des Regimes und brachten zahlreiche Krisenprozesse unter Kontrolle. Gleichzeitig blieben diese modifizierte Regulationsformen äußerst prekär; ständig schienen sie in Gefahr, durch Konflikte und Krisen innerhalb wie außerhalb der EU erneut außer Funktion gesetzt zu werden. Entscheidend ist, dass die EU-Regierungen diese prekäre Restabilisierung zentral auf dem Wege

75 *Merkel* 2016, 5.41 min.

76 *BBC.com/news* 25.11.2015: Stranded migrants battle police on Greece-Macedonia border.

77 *Kasperek* 2017, S. 105ff.; *Welt.de* 23.2.2016: In der Flüchtlingskrise ist Plan B längst in Kraft.

78 Vgl. *Hess et al.* 2016, S. 12f.; *Börzel/Risse* 2018.

79 *Gabriel/Steinmeier* 2015; *Süddeutsche.de* 13.1.2016: Winfried Kretschmann – grüner Hardliner in der Asylpolitik.

80 *Brand/Wissen* 2017.

81 Vgl. *Georgi* 2019b.

82 *IOM* 2019a.

einer eskalierten Repression erreichten.⁸³ Aus einer Vogelperspektive lassen sich Prozess und Charakter der Krise ab April 2016 in fünf Dynamiken zusammenfassen.

Die erste Dynamik war eine Kontinuität aus früheren Phasen. Die Vielfachkrisen in Europas Nachbarregionen ließen ab Frühjahr 2016 nicht plötzlich nach, weil die EU durch Deals mit der mazedonischen und der türkischen Regierung sowie mit libyschen Milizen ihren ‚Außengrenzschutz‘ erneut externalisiert hatte. Im Gegenteil: Sowohl klimatische und ökologische Katastrophen als auch ökonomische Krisenprozesse und andauernde Gewalt hielten in der MENA-Region, Subsahara-Afrika sowie in West- und Südasien weiterhin an.⁸⁴ Die Zahl der Menschen, die unter dem Schutzinteresse des UNHCR standen, stieg von knapp 68 Millionen 2016 auf fast 75 Millionen 2018.⁸⁵ Entsprechend war auch die Zahl der Asylanträge 2018 in der EU zwar deutlich geringer als 2015/2016, lag aber mit fast 600.000 noch immer so hoch wie davor nur Anfang der 1990er Jahre.⁸⁶ Auch bis Sommer 2019 hielten sich die Antragszahlen auf diesem im historischen Vergleich hohen Niveau.⁸⁷ Es waren somit zuallererst die andauernden, eigensinnigen Versuche sozialer Gruppen aus dem Globalen Süden in der EU Schutz und Lebensperspektiven zu finden, welche die Versuche der EU-Regierungen das europäische Grenzregime restriktiv zu restabilisieren, prekär hielten.

Eine zweite Dynamik, die eine tragfähige Restabilisierung des EU-Grenzregimes erschwerte, war die aus unterschiedlichen nationalen Kräfteverhältnissen resultierende Unfähigkeit der EU-Regierungen sich bei zahlreichen migrationspolitischen Reformvorhaben zu einigen. Dies betraf vor allem die Vorschläge, die die Kommission zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) gemacht hatte. Besonders umstritten war die anvisierte Dublin IV-Verordnung und damit die Frage, auf Basis welcher Prinzipien die EU-Staaten sich Verantwortung und Kosten für Aufnahme, Asylverfahren und gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten teilen sollten. Im Mittelpunkt dieser Blockade standen, wie bereits in den Krisenphasen ab 2011, gegeneinander agierende konservative und rechts-nationale Hegemonieprojekte. Obwohl zumindest moderat-konservative und neoliberale Kräfte in Nordwesteuropa ab 2016 zunehmend bereit waren, partiell mit dem Ersteinreiseland-Prinzip zu brechen und einen Umverteilungsmechanismus für Geflüchtete zu akzeptieren, waren die politischen Kräfte, die einem solchen Kompromiss entgegenstanden, zu stark.⁸⁸ Allen voran waren es rechts-autoritäre Regierungen in Ungarn, Polen, der

83 Vgl. *Georgi* 2019b.

84 *Migration Policy Institute* 2018.

85 *UNHCR* 2019.

86 *Eurostat* 2019b.

87 *EASO* 2019.

88 *Bundesregierung.de* 28.6.2016: Reform des europäischen Asylrechts notwendig; *Bundesregierung.de* 18.6.2018: Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron.

Slowakei und die national-konservative Regierung in Österreich, die eine Einigung über eine Reform des Dublin-Regimes sowie alle anderen Vorschläge zur GEAS-Reform blockierten.⁸⁹ Diese Unfähigkeit auf *europäischer* Ebene einen asylpolitischen Kompromiss zu finden, der zudem die Interessen der Geflüchteten hätte einbeziehen müssen, um auch *operativ* zu funktionieren und nicht erneut durch eigensinnige Sekundärmigration unterminiert zu werden, führte dazu, dass die Versuche das EU-Grenzregime zu stabilisieren, vor allem am Außengrenzschutz und der Externalisierung ansetzten.

Die dritte Dynamik des europäischen Grenzregimes ab April 2016 bestand somit in einer neuen Runde forciert Externalisierung europäischer Migrationskontrollen. Die zwei wichtigsten Elemente waren der EU-Türkei-Deal von März 2016 und die Ausrüstung und Finanzierung bewaffneter Gruppen in Libyen. Einige dieser Milizen wurden von der EU ab 2016 als staatliche Organe und als ‚libysche Küstenwache‘ anerkannt und faktisch dafür bezahlt, Geflüchtete sowohl in Libyen selbst als auch im Mittelmeer gewaltsam abzufangen und unter schrecklichen Bedingungen zu internieren.⁹⁰ Auch jenseits der Türkei und Libyens betrieb die Europäische Kommission großen Aufwand, um insbesondere Staaten der MENA- und Sahel-Region sowie Subsahara-Afrikas in ein euro-afrikanisches Grenzregime einzubinden.⁹¹ Im Effekt sank die Zahl der Ankünfte dramatisch ab: Während 2016 noch über 180.000 Geflüchtete über das zentrale Mittelmeer Italien erreichten, waren es 2018 kaum 23.000 und von Januar bis September 2019 keine 8000.⁹² Aus Sicht konservativer und neoliberaler Kräfte war der Rückgang der Ankünfte ein Erfolg. Die forcierte Externalisierung trug nicht nur dazu bei, „Spaltungslinien innerhalb des konservativen Hegemonieprojekts zu kitten“,⁹³ sondern war die mit Abstand wichtigste Strategie, die 2015/2016 eskalierte Krise des EU-Grenzregimes einzuhegen.

Wie die Externalisierung zielte auch die vierte Dynamik auf die Anpassung der EU-Migrationspolitik an geänderte Umstände. In ihrem Mittelpunkt standen Bemühungen der EU-Staaten, ihren Außengrenzschutz repressiv umzubauen.⁹⁴ Drei Elemente sind hervorzuheben. Erstens gelang es den EU-Regierungen sich ab 2015 auf zwei neue Frontex-Verordnungen zu einigen, die der EU-Grenzschutzagentur substantiell mehr Ressourcen und Kompetenzen zuwies.⁹⁵ Zweitens betrieben EU-Regierungen im Mittelmeer und anderswo eine Politik des Sterbenlassens. Nach dem

89 Dies galt neben Dublin IV für Reformvorschläge zu den Richtlinien für Asylverfahren, Aufenthaltsbedingungen und Qualifikation sowie für Verordnungen zu Eurodac und für die Gründung einer *European Union Asylum Agency*, die das bisherige EASO ersetzen sollte (vgl. Pollet 2019; *Deutschlandfunk.de* 18.9.2018: Woran ein gemeinsames EU-Asylrecht scheitert).

90 *Human Rights Watch* 2019.

91 Vgl. *Gerloff* 2018.

92 IOM 2019a; ebd. 2019b, S. 6.

93 *Müller-Stehlik* 2017, S. 116.

94 Siehe Oberndorfer in diesem Band.

95 *Buckel* 2018; *Tagesschau.de* 28.3.2019: Mehr Grenzschrützer für die Außengrenzen.

Ende von Mare Nostrum im Oktober 2014 gab es im zentralen Mittelmeer keine signifikanten staatlichen Rettungsoperationen mehr. Um den Wegfall staatlicher Rettung zu kompensieren, operierten dort ab Ende 2014 eine zunehmende Zahl zivilgesellschaftlicher Rettungsschiffe.⁹⁶ Doch nach dem Amtsantritt der italienischen Rechtsregierung und ihres Innenministers Matteo Salvini im Juni 2018 wurden die private Seenotrettung kriminalisiert und bis Sommer 2019 zeitweise fast komplett unterbunden.⁹⁷ Die Ankündigung der im September 2019 angetretenen italienischen Mitte-Links-Regierung, privaten Rettungsschiffen das Anlegen in Italien wieder zu erlauben, weist, zusammen mit der wachsenden Bereitschaft anderer EU-Staaten, einen Großteil der so geretteten Menschen aufzunehmen, auf eine neue Regulationsform des EU-Grenzregimes hin: Harte Externalisierung reduziert die Zahl der Ankünfte und die wenigen Menschen die durchkommen, werden informell in der EU verteilt.⁹⁸ Das dritte Element des neuen Außengrenzschutzes ist die weitreichende *Europäisierung* der Kontrolle von Asylsuchenden direkt nach ihrer Ankunft durch das sogenannte Hotspot-System. Vor allem in den Hotspots auf griechischen Inseln kooperieren Beamt*innen aus zahlreichen EU-Staaten und EU-Agenturen (Frontex, EASO, Europol, Eurojust) konfliktreich, um Schutzsuchende zu registrieren und an der Weiterreise zu hindern.⁹⁹

Die fünfte Dynamik des EU-Grenzregimes ist eine partielle Renationalisierung. Diese Tendenz zeigt sich insbesondere an der von vielen EU-Staaten auch nach 2016 fortgeführten Praxis, ihre EU-Binnengrenzen selektiv zu kontrollieren und damit die Grundsätze des Schengen-Regimes zu untergraben.¹⁰⁰ Die Folgen dieser Maßnahmen sind ambivalent. Einerseits stören solche Personenkontrollen die Zirkulation von Waren im EU-Binnenmarkt kaum und können deshalb aus Regierungssicht als ein erfolgreicher Kompromiss zur Rettung des Schengenraumes gelten, der das EU-Grenzregime insgesamt stabilisiert. Andererseits stellen sie eine teilweise Renationalisierung europäischer Migrationspolitik dar und sind somit eine Niederlage für das Staatsprojekt Europa, das Vorhaben einer dauerhaft, kohärent und unaufhebbar *europäisierten* Staatlichkeit.

6. Schlussfolgerungen

Blickt man abschließend auf die oben genannten fünf Dimensionen der Krise des europäischen Grenzregimes ab 2011 (Zahl der Asylanträge, Dublin, Externalisie-

96 Cusumano/Pattison 2018, S. 53.

97 *TheGuardian.com* 4.8.2019: Once migrants on Mediterranean were saved by naval patrols. Now they have to watch as drones fly over.

98 *TheGuardian.com* 23.9.2019: EU nations come to Italy's aid over relocating migrants.

99 *Vradis et al.* 2019.

100 *European Commission* 2019.

rung, Außengrenzschutz, Schengen) so wird deutlich, dass es EU-Institutionen und Regierungen bis Herbst 2019 gelungen ist, das Regime auf prekäre Weise zu restabilisieren und im Vergleich zur Hochphase der Krise 2015/2016 in eine Situation weitgehend ‚normaler‘ Regulationsprobleme zu überführen. Die Zahl der Asylanträge ist im Vergleich zu 2015/2016 europaweit bis 2018 deutlich gefallen. Obwohl sich die EU-Regierungen nicht auf eine Reform der Dublin-Verordnung und des GEAS einigen können, funktioniert Dublin besser als 2016. Abschiebungen nach Griechenland finden wieder statt und im September 2019 zeichnete sich ab, dass einige Staaten, allen voran Deutschland und Frankreich, informell eine Umverteilung von Geflüchteten akzeptieren werden, was das Dublin-Regime insgesamt stabilisieren könnte. Externalisierung und Außengrenzschutz wurden auf Betreiben der Kommission und zahlreicher EU-Regierungen repressiv modifiziert, was entscheidend dazu beitrug, die relationale Autonomie der Fluchtmigration nach 2016 zumindest temporär zu beschränken. Zudem gelang es Kommission und Regierungen die Gefahr einer Zerstückelung des Schengenraumes und damit des EU-Binnenmarkts weitgehend abzuwenden.

Das gesellschaftliche Kräfteverhältnis hinter dieser prekären Restabilisierung beruhen nach meiner Analyse auf einem instabilen Kompromiss zwischen rechts/konservativen Kräften, die mehr Abschottung wollten, wenn nötig durch *nationale* Grenzkontrollen, und Akteuren neoliberaler Hegemonieprojekte, die eine restriktive Anpassung des *europäisierten* Grenzregimes an geänderte Umstände zentral deshalb unterstützen, um gemäß ihrer Migrationsmanagement-Logik den EU-Binnenmarkt und Möglichkeiten legaler Arbeitsmigration zu erhalten. Auch Mitte-Links-Parteien und mit ihnen assoziierte soziale Kräfte unterstützen immer wieder Teilprojekte dieses europäischen Festungskapitalismus, da dieser die national-sozialen Privilegien ihrer imperialen Lebensweise absicherte.

Die Krise des europäischen Grenzregimes, und damit die Krise des Staatsprojekts Europas, soviel sollte klar geworden sein, resultierte nicht aus ‚exogenen Schocks‘, nicht aus ‚Politikversagen‘ oder allein aus der Autonomie der Migration. Produktiver lässt sie sich als eine vor dem Hintergrund struktureller Widersprüche eskalierende transnationale Auseinandersetzung zwischen einer Vielzahl sozialer Kräfte verstehen. Die materialistische Grenzregimenanalyse geht somit davon aus, dass sich das in Migrations- und Grenzregimen produzierte Leid nur dann wird überwinden lassen, wenn die dahinterstehenden Herrschaftsverhältnisse nicht nur von einer Seite her, sondern in ihrer wechselseitigen Bestimmung und strukturellen Bedingtheit kritisiert werden.

Literatur

- Amnesty International* 2012: ‚We are ordered to crush you‘. Expanding Repression of Dissent in Iran. Unter: <https://www.amnesty.org/download/Documents/24000/mde130022012en.pdf> (download am 26.9.2019).
- BAMF* 2015: #Dublin-Verfahren syrischer Staatsangehöriger werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt von uns weitestgehend faktisch nicht weiter verfolgt. 25.8.2015. Unter: https://twitter.com/bamf_dialog/status/636138495468285952?lang=de (download am 26.9.2019).
- BAMF* 2018: Das Bundesamt in Zahlen 2017. Unter: <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2017.pdf> (download am 26.9.2019).
- Börzel, Tanja A./Risse, Thomas* 2018: From the euro to the Schengen crises: European integration theories, politicization, and identity politics. In: *Journal of European Public Policy* 25(1), 83–108.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus* 2017: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus. München.
- Buckel, Sonja* 2013: Welcome to Europe – Die Grenzen des Europäischen Migrationsrechts. Bielefeld.
- Buckel, Sonja* 2015: Dirty Capitalism. In: Martin, Dirk/Martin, Susanne/Wissel, Jens (Hrsg.): *Perspektiven und Konstellationen kritischer Theorie*. Münster, 29–48.
- Buckel, Sonja* 2018: Winter is coming. Der Wiederaufbau des europäischen Grenzregimes nach dem ‚Sommer der Migration‘. In: *PROKLA* 192, 437–457.
- Buckel, Sonja/Georgi, Fabian/Kannankulam, John/Wissel, Jens* 2014: Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung. In: *Forschungsgruppe ‚Staatsprojekt Europa‘* (Hg.): *Kämpfe um Migrationspolitik*. Bielefeld, 15–84.
- Casella Colombeau Sara*, 2019: Crisis of Schengen? The effect of two ‚migrant crises‘ (2011 and 2015) on the free movement of people at an internal Schengen border. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 99(3), 1–17.
- Coman, Ramona* 2017: Values and Power Conflicts in Framing Borders and Borderlands: The 2013 Reform of EU Schengen Governance. In: *Journal of Borderlands Studies*, DOI:10.1080/08865655.2017.1402201.
- Cusumano, Eugenio/Pattison, James* 2018: The non-governmental provision of search and rescue in the Mediterranean and the abdication of state responsibility. In: *Cambridge Review of International Affairs* 31(1), 53–75.
- Cuttitta, Paolo* 2014: From the Cap Anamur to Mare Nostrum: Humanitarianism and migration controls at the EU’s maritime borders. In: *Matera, Claudio/Taylor, Amanda* (Hrsg.): *The Common European Asylum System and human rights*. CLEER Working Papers 2015/7, 21–37.
- Danyluk, Martin* 2018: Capital’s logistical fix: Accumulation, globalization, and the survival of capitalism. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 36(4), 630–647.
- EASO* 2019: Latest asylum trends – July 2019. Unter: <https://www.easo.europa.eu/latest-asylum-trends> (download am 26.9.2019).

- European Commission* 2009: A single and fairer asylum procedure for a uniform status in the EU. IP/09/1552. Unter: https://europa.eu/rapid/press-release_IP-09-1552_en.htm?locale=en (download am 26.9.2019).
- European Commission* 2015: A European Agenda on Migration. Brussels, 13.5.2015, COM(2015) 240 final. Unter: https://ec.europa.eu/anti-trafficking/sites/antitrafficking/files/communication_on_the_european_agenda_on_migration_en.pdf (download am 26.9.2019).
- European Commission* 2019: Member States' notifications of the temporary reintroduction of border control at internal borders pursuant to Article 25 et seq. of the Schengen Borders Code. Unter: https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/policies/borders-and-visas/schengen/reintroduction-border-control/docs/ms_notifications_-_reintroduction_of_border_control_en.pdf (download am 26.9.2019).
- Eurostat* 2019a: Asylum statistics. Unter: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Asylum_statistics (download am 26.9.2019).
- Eurostat* 2019b: Infografik – Asylum applications in the EU, 1990–2018. Unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/asylum-applications-since-1990/> (download am 26.9.2019).
- Fiedler, Mathias/Georgi, Fabian/Hielscher, Lee/Ratfisch, Philipp/Riedner, Lisa/Schwab, Veit/Sontowski, Simon* 2017: Contested Movements to and Through Europe. Introduction. In: movements 3(1), 1–10.
- Gabriel, Sigmar/Steinmeier, Frank-Walter* 2015: ‚Die Zahlen müssen sinken‘. Deutschland kann nicht unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen. In: Der Spiegel, 42/2015, 10.10.2015, 28.
- Georgi, Fabian* 2019a: Managing Migration? Eine kritische Geschichte der Internationalen Organisation für Migration (IOM). Berlin.
- Georgi, Fabian* 2019b: Towards Fortress Capitalism. The Restrictive Transformation of Migration and Border Regimes as a Reaction to the Capitalist Multi-Crisis. In: Canadian Review of Sociology 56(4), im Erscheinen.
- Georgi, Fabian* 2019c: The Role of Racism in the European ‚Migration Crisis‘: A historical materialist perspective. In: Satgar, Vishas (Hrsg.): Racism After Apartheid. Challenges for Marxism and Anti-Racism. Johannesburg, 96–117.
- Georgi, Fabian* 2016: Widersprüche im Sommer der Migration. Ansätze einer materialistischen Grenzregimeanalyse. In: PROKLA 183, 183–203.
- Georgi, Fabian/Kannankulam, John* 2015: Kräfteverhältnisse in der Eurokrise. Konfliktodynamiken im bundesdeutschen ‚Block an der Macht‘. In: PROKLA 180, 349–369.
- Gerloff, Naemi* 2018: Better Migration Management. Die GIZ im Euro-Afrikanischen Grenzregime. In: movements 4(2), 163–184.
- Global Humanitarian Assistance* 2014: Global Humanitarian Assistance Report 2014. Unter: <http://devinit.org/wp-content/uploads/2014/09/Global-Humanitarian-Assistance-Report-2014.pdf> (download am 26.9.2019).
- Haug, Frigga* 2010: Krise. In: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd 7/II. Hamburg, 2122–2143.
- Heller, Charles/Pezzani, Lorenzo* 2016: Death by Rescue. Main Narrative. Unter: <https://deathbyrescue.org/report/narrative/> (download am 26.9.2019).
- Hendrix, Cullen S./Salehyan, Idean* 2012: Climate change, rainfall, and social conflict in Africa. In: Journal of Peace Research 49(1), 35–50.

- Hess, Sabine/Kasperek, Bernd/Kron, Stefanie/Rodatz, Mathias/Schwertl, Maria/Sontowski, Simon 2016: Der lange Sommer der Migration. Krise, Rekonstitution und ungewisse Zukunft des europäischen Grenzregimes. In: Dies. (Hrsg.): Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III. Berlin/Hamburg, 6–24.
- Heydarian, Richard Javad 2014: How capitalism failed the Arab world: the economic roots and precarious future of the Middle East uprisings. London/New York.
- Holloway, John 2012: Crisis and critique. In: *Capital & Class* 36(3), S. 515-519.
- House, Christopher L./Proebsting, Christian/Tesar, Linda L., 2019: Austerity in the aftermath of the great recession. In: *Journal of Monetary Economics*, DOI:10.1016/j.jmoneco.2019.05.004.
- Human Rights Watch 2019: No Escape from Hell. EU Policies Contribute to Abuse of Migrants in Libya. Unter: https://www.hrw.org/sites/default/files/report_pdf/eu0119_web2.pdf (download am 26.9.2019).
- IOM 2016: Mixed Migration Flows in the Mediterranean and Beyond. Compilation of available data and information. Reporting period 2015. Unter: https://www.iom.int/sites/default/files/situation_reports/file/Mixed-Flows-Mediterranean-and-Beyond-Compilation-Overview-2015.pdf (download am 26.9.2019).
- IOM 2019a: Flow Monitoring Europe. Unter: <https://migration.iom.int/europe?type=arrivals> (download am 4.10.2019).
- IOM 2019b: Mixed Migration Flows in the Mediterranean. Compilation of Available Data and Information. July 2019. Unter: https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Flows%20Compilation%20Report%20-%20JULY%202019_published.pdf (download am 26.9.2019).
- Karakayali, Serhat 2018: The Flüchtlingskrise in Germany: Crisis of the Refugees, by the Refugees, for the Refugees. In: *Sociology* 52(3), 606–611.
- Kasperek, Bernd 2017: Europas Grenzen. Flucht und Migration, das EU-Grenzregime und die deutsche Asylpolitik. Berlin.
- Kelley, Colin P./Mohtadi, Shahrzad/Cane, Mark A./Seager, Richard/Kushnir, Yochanan 2015: Climate change in the Fertile Crescent and implications of the recent Syrian drought. In: *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America* 112(11), 3241–3246.
- Lorenz, David 2015: Von Dublin-Domino bis Kirchenasyl. Kämpfe um Dublin III. In: *movements* 1(1).
- Mawadza, Aquilina/Carciotto, Sergio 2017: South Sudan: A Young Contry Divided by Civil War. Unter: <http://sihma.org.za/wp-content/uploads/2017/02/Refugee-crisis-South-Sudan.pdf> (download am 26.9.2019).
- McGuaran, Katrin/Hudig, Kees 2014: Refugee protests in Europe: Fighting for the right to stay. In: *Statewatch Journal*, 23(3/4), 28–33.
- Merkel, Angela 2015: Sommerpressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel. 31.8.2015. Unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pressekonferenzen/sommerpressekonferenz-von-bundeskanzlerin-merkel-848300> (download am 3.11.2019).
- Merkel, Angela 2016: Podcast. Außengrenze schützen – Schengen erhalten, 6.2.2016. Unter: <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/mediathek/die-kanzlerin-direkt/aussengrenze-schuetzen-schengen-erhalten-1010134> (download am 26.9.2019).

- Migration Policy Institute* 2012: Forced Migration: No Resolution in Sight for Syrians, Violent Outbreaks Displace Thousands across African Continent. Unter: <https://www.migrationpolicy.org/article/forced-migration-no-resolution-sight-syrians-violent-outbreaks-displace-thousands-across> (download am 26.9.2019).
- Migration Policy Institute* 2018: ‚Silent‘ Refugee Crises Get Limited International Attention. Unter: <https://www.migrationpolicy.org/article/top-10-2018-issue-10-silent-refugee-crises> (download am 26.9.2019).
- Müller-Stehlik*, Matthias 2017: Zur Krise der europäischen Migrationskontrollpolitik. Bundesdeutsche Kräfteverhältnisse im Ringen um die Regulation autonomer Migrationsbewegungen. Forschungsgruppe Europäische Integration. FEI-Arbeitspapier 34.
- Parenti*, Christian 2011: Tropic of Chaos. Climate change and the new geography of violence. New York.
- Pollet*, Kris 2019: All in vain? The fate of EP positions on asylum reform after the European elections. 23.5.2019. Unter: <http://eumigrationlawblog.eu/all-in-vain-the-fate-of-ep-positions-on-asylum-reform-after-the-european-elections/> (download am 26.9.2019).
- Schewel*, Kerilyn 2019: Understanding Immobility: Moving beyond the Mobility Bias in Migration Studies. In: *International Migration Review*, DOI:0197918319831952.
- Schimmelfennig*, Frank 2018: European integration (theory) in times of crisis. A comparison of the euro and Schengen crises. In: *Journal of European Public Policy* 25(7), 969–989.
- Schultz*, Susanne 2019: Demographic futurity: How statistical assumption politics shape immigration policy rationales in Germany. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 37(4), 644–662.
- UNHCR* 2019: UNHCR Statistics – The World in Numbers. Unter: <http://popstats.unhcr.org/en/overview> (download am 26.9.2019).
- Vradis*, Antonis/*Papada*, Evie/*Painter*, Joe/*Papoutsis*, Anna 2019: *New Borders: Hotspots and the European Migration Regime*. London.
- Wikipedia* 2019: Arab Spring. Unter: https://en.wikipedia.org/wiki/Arab_Spring (download am 26.9.2019).
- World Food Programme* 2014: WFP Forced to Suspend Syrian Refugee Food Assistance, Warns Of Terrible Impact As Winter Nears. Unter: <https://www.wfp.org/news/wfp-forced-suspend-syrian-refugee-food-assistance-warns-terrible-impact-winter-near> (download am 26.9.2019).